

POSTULAT von Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), Alex Gantner (FDP, Maur), Melissa Näf (GLP, Bassersdorf), Beat Monhart (EVP, Gossau), Harry Brandenberger (SP, Gossau) und Kaspar Bütikofer (AL, Zürich)

betreffend Biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird gebeten, die biodiversitätsschädigenden kantonalen Subventionen zu identifizieren und monetär zu quantifizieren. Weiter bitten wir den Regierungsrat darzulegen, wie diese Subventionen reduziert, abgeschafft oder umgestaltet werden können und welche Zielkonflikte mit anderen politischen Zielsetzungen, insbesondere mit anderen umweltrelevanten Themen auftreten.

Jasmin Pokerschnig
Alex Gantner
Melissa Näf
Beat Monhart
Harry Brandenberger
Kaspar Bütikofer

Begründung:

Die Biodiversität der Schweiz und auch im Kanton Zürich nimmt seit Jahren kontinuierlich ab. Mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten sind inzwischen gefährdet. Um den Schwund der Naturvielfalt zu bremsen, werden zahlreiche Instrumente, Massnahmen und Förderprogramme von der öffentlichen Hand finanziert, und trotzdem bleibt der Zustand kritisch. Ein wichtiger Grund gemäss dem Grundlagenbericht Biodiversitätsschädigende Subventionen (Gubler L et al 2020) ist, dass vielfältige Subventionen direkt oder indirekt die Biodiversität schädigen. Die Subventionen umfassen neben Zahlungen der öffentlichen Hand auch Mindereinnahmen wie beispielsweise durch Steuerreduktion. Die Subventionen betreffen insbesondere Verkehr, Landwirtschaft und Siedlungsentwicklung.

Damit biodiversitätsschädigende Subventionen abgeschafft, abgebaut oder umgestaltet werden können, müssen sie zuerst identifiziert werden. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt für den Abbau von schädigenden Subventionen. Daher ist es unerlässlich, eine Auslegeordnung vorzunehmen, damit das breite Spektrum der Subventionen im Kanton Zürich sichtbar und bewertbar wird.

Die Schweiz hat sich im Rahmen der Biodiversitätskonvention verpflichtet, biodiversitätsschädigende Subventionen bis 2020 anzupassen oder abzuschaffen. Die Kantone sind dabei ebenfalls gefordert, ihre Subventionen zu überprüfen.